

«Moratorium aufheben und mehr Gelder sprechen»

Familienpolitik Eine Podiumsdiskussion der Freien Liste zeigt, wie gross der Frust darüber ist, dass in Sachen Familie und/oder Beruf nach wie vor Stillstand herrscht.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li

Die Hoffnung ist gross, dass die Diskussion rund um Familie und/oder Beruf jetzt auch nach der Niederlage der Initiative der Wirtschaftskammer weitergeführt wird. Zu oft stand die Familienpolitik in den vergangenen Jahren, ja gar Jahrzehnten, im Mittelpunkt von Diskussionen – ohne dass letztlich jedoch Lösungen präsentiert werden konnten. Geht es nach dem Willen des Volkes, soll die ausserhäusliche Kinderbetreuung ausgebaut werden, ohne jedoch die traditionelle Familie zu diskriminieren. Das zeigt die

Nachwahlbefragung des Liechtenstein-Instituts. Doch wie soll die Lösung aussehen? Und wer soll das bezahlen? Diese Fragen wurden gestern im Rahmen einer Podiumsdiskussion in Vaduz diskutiert.

Lageder: «Politischer Konsens nicht vorhanden»

Das Fazit lautet: Familien müssen die Freiheit haben, sich für ein Modell zu entscheiden. Die ausserhäusliche Kinderbetreuung muss bezahlbar bleiben. Und das Land muss mehr Geld investieren – sonst kollabiert das System. In diesen Punkten waren sich alle Podiumsteilnehmer einig. Das

setzt voraus, dass in einem ersten Schritt das verhängte Kita-Moratorium aufgehoben werden muss, das zu einer Ungleichbehandlung zwischen den Kindertagesstätten geführt hat. In einem zweiten Schritt müsste der Landtag mehr Gelder sprechen: Würde nämlich der heutige Topf mit rund 2,8 Mio. Franken neu auf alle Kitas verteilt, hätte dies nach Ansicht der Podiumsteilnehmer fatale Folgen. Rund 1,4 Mio. Franken mehr wären demnach nötig, um eine Gleichbehandlung aller ausserhäuslichen Betreuungsformen zu gewährleisten und dabei auch Tagesmütter und Mittagstische miteinzubeziehen. Und: Auch

das traditionelle Familienmodell muss weiter finanziell gefördert werden. «Alles andere würde an der Demokratie scheitern», ist der FL-Abgeordnete Thomas Lageder überzeugt. Er hat aber auch wenig Hoffnung, dass vonseiten der Politik die Bereitschaft vorhanden wäre, mehr Gelder einzuschiessen. Wenn Mauro Pedrazzini von einer moderaten Anpassung der Finanzierung für die ausserhäusliche Kinderbetreuung spreche, so reiche das nicht aus. Vor den Wahlen werde sicher kein grosser Wurf mehr gemacht. Und nach den Wahlen? «Dann auch nicht», zeigt sich Lageder wenig optimistisch. **3**

«Vielleicht einfach einmal Nägel mit Köpfen machen»

Wie weiter? Es gab schon immer viele gute Ideen und Vorstösse in Bezug auf Familienförderungsmassnahmen. Werden diese nun endlich umgesetzt oder verschwinden sie erneut in teuren Wahlkampfbroschüren? Die Diskussion muss im Gang bleiben.

Es war in der Tat bemerkenswert: Als die Wirtschaftskammer ihre Initiative «Familie und Beruf» einreichte und es am 18. September zu einer Volksabstimmung kam, schien das Vorhaben auf allen Seiten auf Gegenliebe zu stossen. Gegner gab es keine – die Regierung musste sogar per Inserat nach ihnen suchen. Und wurde schliesslich fündig. Am Ende wurde die Initiative überraschend mit 82,4 Prozent Neinstimmen verworfen. Hauptgrund: Die Wähler sahen die traditionelle Familie diskriminiert. Ohne jedoch gegen den Ausbau der ausserhäuslichen Betreuung zusein. Der Wähler an die Politik scheint klar: Die Familienpolitik muss aus der Sackgasse herausgeführt und die Kita-Förderung neu konzipiert werden. Vorstösse gab es schon viele. Vor allem auch von der Freien Liste, die gestern zu einer Diskussionsrunde «Familie und/oder Beruf – wie weiter?» einlud. Doch weder ihre noch andere Vorstösse fielen im Landtag bisher auf fruchtbaren Boden. Zumindest in der heutigen Zeit dürfte der Grund für die Ablehnung auf der Hand liegen:

Zur Sanierung des Staatshaushalts wird seit Jahren an allen Ecken und Enden gespart. Doch kann sich ein Land wie Liechtenstein, dessen einzige Ressource die Bildung bzw. der Nachwuchs ist, das wirklich leisten? Nein, sind die Podiumsteilnehmer überzeugt.

«Der heutige Topf reicht nicht für alle»

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Wenn man die verschiedenen Familienmodelle fördern muss, dann kostet das Geld. Sei dies mittels eines bezahlten Elternurlaubs. Oder der Erhöhung des Kindergelds. Oder eben der Förderung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung. Und will man das alles gleichberechtigt fördern, so reicht der heutige Topf mit Geldern in Höhe von 2,8 Mio. Franken nicht aus. «Es wäre fahrlässig, den bestehenden Betrag nun gleichzeitig auf alle Institutionen zu verteilen. Es muss mehr Geld ins System», so der FL-Abgeordnete Thomas Lageder, der klarmachte: «Dieses System ist nicht gratis zu haben. Wir müssen



Luda Frommelt (Amt für Soziale Dienste), Gertrud Hardegger (Eltern-Kind-Forum), Moderatorin Conny Brühwiler-Büchel, Simon Tribelhorn (Bankenverband) sowie Fredy Litscher (LANV) und FL-Abgeordneter Thomas Lageder (v. l.).
Bild: Elma Korac

investieren. Auch Fredy Litscher, Gewerkschaftssekretär beim LANV, weiss: «Das wäre fatal.» Und Luda Frommelt vom Amt für Soziale Dienste glaubt ebenfalls: «Gleichbehandlung ja, aber nur mit mehr finanziellen Mitteln. Wenn der Landtag nicht mehr Geld spricht, wird dieses System

sonicht funktionieren.» Vor allem dann nicht, wenn die ausserhäusliche Kinderbetreuung auch noch bezahlbar bleiben soll. Doch ob die Politik wirklich dazu bereit ist, mehr Mittel zu sprechen, ist zumindest für Lageder fraglich. «Wenn ein solcher Antrag von der Regierung an den Landtag

kommt, wird er nicht bewilligt», ist er überzeugt. Doch vielleicht vermag ihn das Ministerium für Gesellschaft noch zu überraschen und kann gute Überzeugungsarbeit leisten. Schliesslich liess Mauro Pedrazzini erst am Mittwoch verlauten, dass die Regierung die Bedürfnisse der Bevöl-

kerung anerkennt und sich nun wieder intensiv mit der Thematik befassen werde. Und damit auch mit der Frage, was eine «moderate Anpassung» der Finanzierung tatsächlich bedeutet.

Desirée Vogt
dvogt@medienhaus.li